



21. Januar 2018

VRB fordert Veröffentlichung des Konzepts zur Entlastung von Schulen

In seinen Stellungnahmen zu den Hilferufen saarländischer Gemeinschaftsschulen verweist das Ministerium für Bildung in den Medien und den Antwortschreiben an die Schulen regelmäßig darauf, dass ein Konzept zur systematischen Entlastung von Schulen mit besonderer Herausforderung in Vorbereitung sei. Der VRB, der Lehrer an Gemeinschafts- und Förderschulen vertritt, fordert daher das Ministerium für Bildung auf, die Leitlinien des bisher erarbeiteten Konzepts der Öffentlichkeit vorzulegen.

Nachdem das Ministerium die ersten Schreiben aus Schulen in Form von Brandbriefen, Hilferufen und Überlastungsanzeigen bereits im Winter des vergangenen Jahres erhielt und seit Jahren die sich dramatisch ändernde Situationen an allen saarländischen Schulformen durch die HPRs an das Ministerium weitergegeben wurde, ist es nunmehr an der Zeit, zumindest konzeptionelle Zwischenergebnisse vorzulegen. Für den VRB sind die bislang getätigten Einlassungen des Ministeriums zu wenig konkret und zu wenig zielführend: Wenn bereits umfassende Maßnahmen zur Entlastung in Vorbereitung sind, warum werden sie jetzt nicht sofort umgesetzt?

Grundsätzlich positiv ist die Erhöhung der Stunden zur Sprachförderung. Die Probleme, die von Schülern mit sozial-emotionalen Störungen verursacht werden, löst dies jedoch nicht. Diese Problematik ist gravierend, machen diese Schüler doch 15 % aller Inklusionsfälle aus und beeinträchtigen den normalen Unterricht dramatisch – zusätzlich zur wachsenden Zahl von Kindern, die ohne anerkannten Förderbedarf verhaltensauffällig sind.

Der Berechnung der Lehrerstellen liegt ein formaler Akt zugrunde, der sich jedoch nicht an dem Bedarf der extrem heterogenen Klassen orientiert. Dies bedeutet für viele Schulen, dass bei einer theoretisch 100%igen Lehrerstellenbesetzung praktisch ein erheblicher Lehrermangel besteht. Zu einem qualitativ hochwertigen Unterricht in inklusiv zu beschulenden Klassen gehört eine konsequente Doppelbesetzung von Lehrern, damit der vorgeschriebene Bildungsauftrag erfüllt werden kann. Die vom Ministerium angeführte Überpersonalisierung ist ein erster Schritt, deckt aber in keinerlei Hinsicht den objektiven Bedarf an den Schulen ab. Diese Stunden dienen in der Regel auch nicht der Qualitätssicherung des Unterrichts, sondern helfen den Unterrichtsausfall an der betreffenden Schule oder durch Abordnung an einer anderen Schule zu reduzieren.

Da nach Informationen des VRB im Ministerium für Bildung nicht nur die in den Medien bislang bekannten Briefe, sondern deutlich mehr Schreiben dieser Art aus dem gesamten Saarland und aus verschiedenen Schulformen eingingen, greift der Ansatz des Ministeriums, dass nur einzelne Standorte betroffen seien, zudem zu kurz. Ebenso verhält es sich mit dem Verweis auf die Sozialpolitik: Der VRB pflichtet dem Ministerium zwar bei, dass Bildungs- und Sozialpolitik zukünftig kooperativer arbeiten müssen. Wahr ist aber auch, dass eine Reihe von Einzelentscheidungen des Ministeriums die Situation an den Schulstandorten erst zur vorliegenden Eskalation gebracht hat. Am schwerwiegendsten ist dabei für den VRB die Einführung der Inklusion, ohne die notwendigen Voraussetzungen in personeller, räumlicher und sächlicher Hinsicht zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund ist für die VRB-Vorsitzende Karen Claassen klar: „Lehrer brauchen Entlastung und zwar dringend! Es ist nunmehr an der Zeit zu sagen, welche konkreten Schritte ergriffen werden, um die Situation in den Schulen wieder in den Griff zu bekommen, sodass diese ihre ureigene Aufgabe wieder erfüllen können: die Vermittlung von Bildung.“

Der Landesverband Saar e.V. ist Mitglied im Dachverband der ca. 20.000 Mitglieder zählenden Lehrerverbände des Realschulwesens und verwandter Schulformen in den Bundesländern. Er setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung eines vielfältig organisierten Schulwesens in der Sekundarstufe I ein und widmet vor allem der bildungspolitischen Mitte, also den Mittleren Bildungsgängen und Perspektiven sowohl für den beruflichen Einstieg wie auch für studienorientierte Bildungsabschlüsse seine besondere Aufmerksamkeit. Der VDR ist Diskussionsplattform, Sprachrohr und Dienstleister für seine Landesverbände und ihre Mitglieder: **Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)**, Dachauer Str. 44 a, 80335 München, Tel. 089 / 55 38 76, Fax 089 / 55 38 19, info@vdr-bund.de